

Hundert Jahre

Rathaus-Korrespondenz

1861 - 1961

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 11. Dezember 1961

Blatt 2643

Geehrte Redaktion!

=====

Samstag, den 16. Dezember, um 15 Uhr, wird Bürgermeister Jonas die von der Gemeinde Wien wiederaufgebaute Heiligenstädter Brücke über den Donaukanal eröffnen. Vorher spricht Stadtrat Heller. Zufahrt: Straßenbahnlinien D und 36.

Ebenfalls am Samstag, und zwar bereits um 9 Uhr früh, findet die 50 Jahr-Feier des Gaswerkes Leopoldau statt. Die Festrede hält Bürgermeister Jonas. Um 8.30 Uhr stehen Sonderautobusse in der Siemensstraße, Ecke Brünner Straße bereit.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

Tagung der Bezirksbildstellenleiter
=====

11. Dezember (RK) Der große Aufgabenbereich der Landesbildstelle Wien-Burgenland des Kulturamtes der Stadt Wien wird auf einer Tagung der Bezirksbildstellenleiter dargelegt werden, die am 13., 14. und 15. Dezember in der Sensengasse stattfindet. Diese Konferenz soll seminarartigen Charakter haben, da die Verbindung des Tonfilms mit dem Wiener Schulunterricht eine entscheidende Phase erreicht hat und sowohl theoretisch als auch praktisch eingehender Begründung bedarf.

Bei der Eröffnung des Seminars werden unter anderem Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht, des Stadtschulrates und des Amtes der Burgenländischen Landesregierung Einleitungsansprachen halten. Über die Bildstellenarbeit, die pädagogische Bedeutung des Tonfilms in der Pflichtschule und über die 16 Millimeter-Tonprojektion sprechen Direktor Mihatsch, Hofrat Dr. Hübl und Rudolf Schwarz.

- - -

Neuer Klassenlesestoff für Wiener Schulen
=====

11. Dezember (RK) Der Kulturausschuß hat neuerlich die Anschaffung von neuen Klassenlesestoffen für die Wiener Volks-, Haupt- und Sonderschulen im Gesamtwert von 987.000 Schilling bewilligt. Genehmigt wurde der Ankauf von 12.000 Stück des Buches "Rotkäppchen und andere Märchen" und von 10.000 Exemplaren der Publikation "Aus vergangenen Tagen". Weiter wurden 10.000 Stück der Sammlung "Die Kundschafterin und andere Tiergeschichten", 7.000 Exemplare von "Wilhelm Tell" und 10.000 Stück der Schrift "Arbeit, Freiheit, Menschenwürde" gekauft.

Diese Aktion zur Versorgung von städtischen Lehranstalten wurde im Rahmen eines mehrjährigen Planes für die Anschaffung neuer Klassenlesestoffe durchgeführt, wobei seit 1955 53 Buchtitel mit einem Kostenaufwand von 7,185.000 Schilling der Wiener Schuljugend zugänglich gemacht worden wird.

- - -

Ausgestaltung eines Kagraner Sportplatzes
=====

11. Dezember (RK) Im Zuge der Ausgestaltung von Wiener Sportplätzen wird am Übungsgelände in Kagran, Natorpgasse, noch in diesem Jahr das alte Garderobehaus renoviert und der Bau einer Platzmeister-Wohnung fertiggestellt. Der Kulturausschuß hat in seiner letzten Sitzung dafür 280.000 Schilling bewilligt.

- - -

Mozartgasse wird Paminagasse
=====

11. Dezember (RK) Nach einem Beschluß des Kulturausschusses wird die Mozartgasse in Inzersdorf, die von der Goldhamnergasse zur Steinhofstraße führt, in Paminagasse umbenannt, um damit einer Verwechslung mit der Mozartgasse im 4. Bezirk vorzubeugen. Mit dem Namen "Pamina" wird an die weibliche Hauptfigur in Mozarts "Zauberflöte" erinnert.

- - -

Ab 15. Dezember:Schienenparkverbot wieder Tag und Nacht
=====

11. Dezember (RK) Ab Freitag, den 15. Dezember, 0 Uhr, gilt das Schienenstraßenparkverbot in den Wiener Straßen wieder Tag und Nacht. Bis 31. März 1962 dürfen die Autofahrer also auch während der Nachtstunden auf Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen ihren Wagen nicht abstellen.

- - -

Wiener Gemeinderat - Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zu den Wirtschafts-
plänen der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1962

Bericht- erstatter Stadtrat	Geschäfts- gruppe	<u>Bisher zu Wort gemeldet</u>			
		<u>KLS</u>	<u>FPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>
VBgm. Slavik	General-u. Spezial- debatte z. GeschGr.II	Lauscher	Dr.Schmidt	Dr.Weninger	Marek
Riemer	Spez.Deb. GeschGr.I	Maller	Dr.Broesigke	Wohlmuth, Dr.Freytag	Schiller
VBgm. Mandl	Spez.Deb. GeschGr.III	Lauscher	Dr.Broesigke	Eleonora Hittl, Bittner	Gertrude Sandner
Maria Jacobi	Spez.Deb. GeschGr.IV	Lauscher	Neset	Kabesch, Dr.Marga Hubinek	Hella Hanzlik
Dr.Glück	Spez.Deb. GeschGr.V	Maller	Dr.Schmidt	Josef Bauer, Dr.Helene Stürzer	Dr.Jakl
Heller	Spez.Deb. GeschGr.VI	Hausner	Neset	Dipl.-Ing. DDr. Strunz, Dkfm. DDr. Prutscher	Pfoch
Lakowitsch	Spez.Deb. GeschGr.VII	Hausner	Neset	Bolaffio, Ing.Lust	Weisz
Koci	Spez.Deb. GeschGr.VIII	Maller	Peter	Titze, Dipl.-Ing. DDr. Strunz	Schreiner
Glaserer	Spez.Deb. GeschGr.IX	Hausner	Dr.Schmidt	Dkfm. Dr. Ebert, Dr.Helene Stürzer	Windisch
Bauer	Spez.Deb. GeschGr.X	Lauscher	Peter	Dipl.-Ing. Dr. Hengl, Walzer	Rösner
Sigmund	Spez.Deb. GeschGr.XI	Hausner	Dr.Broesigke	Wagner, Dkfm. Dr. Fiedler	Stroh
Schwaiger	Spez.Deb. GeschGr.XII	Maller	Peter	Haag, Hahn	Lanc

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

11. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute früh der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1962 zusammen.

Es lagen drei Anträge der KLS vor, und zwar betreffend "Erleichterungen für die Opfer des Faschismus bei der Möbelkreditaktion", betreffend "Instandsetzung der Straßen und der öffentlichen Beleuchtung in der Donaustädter Siedlung" und betreffend "Verkehrserleichterungen für die Leaer Berger Schulkinder". Sämtliche Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Bürgermeister Jonas teilte hierauf mit, in welcher Form die Budgetdebatte abgehalten wird. So wie in den letzten Jahren kommt zuerst die Generaldebatte verbunden mit der Spezialdebatte zu der Geschäftsgruppe II, Finanzen. Hierauf wird über die Ansätze dieser Geschäftsgruppe abgestimmt. Als nächstes folgt die Verhandlung über die Geschäftsgruppe I, Personal, und in weiterer Folge wird über die Geschäftsgruppen III, Kultur, bis XI, Allgemeine Verwaltung, verhandelt. Dabei wird bei jeder Beratungsgruppe nach einem einleitenden Bericht des zuständigen Stadtrates die Debatte abgehalten und abgestimmt werden. Zum Schluß wird über Bilanz und Bedeckung abgestimmt, womit der Voranschlag der Hoheitsverwaltung für 1962 erledigt sein wird. Im Anschluß daran werden die Wirtschaftspläne der Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, behandelt.

./.

Abbild der wirtschaftlichen Entwicklung Wiens

Hierauf begann der städtische Finanzreferent, Vizebürgermeister Slavik, mit dem Hauptreferat. Er stellte eingangs fest, daß er nun bereits zum fünften Mal dem Wiener Gemeinderat den Voranschlag der Bundeshauptstadt unterbreitet. Eine Anzahl von Personen, sagte er, habe in den öffentlich aufgelegten Voranschlag Einsicht genommen und dazu Erinnerungen abgegeben, auf die er in seiner Rede noch zurückkommen werde. Den Voranschlag 1962 bezeichnete er als ein Abbild der wirtschaftlichen Entwicklung Wiens und damit auch der ganzen Republik Österreich. Mit 770.000 Beschäftigten erreichten wir bereits einen Beschäftigtenstand, der um etwa fünfzig Prozent höher ist, als in den Jahren 1935 bis 1937. Die Entwicklung in den letzten fünf Jahren kann man daher als außerordentlich günstig und auch glücklich bezeichnen. Diese Entwicklung blieb nicht ohne Auswirkungen bei den Einnahmen und Ausgaben und es fehlte natürlich auch nicht an Verlockungen, die Forderungen an die Gemeinschaft zu steigern. Vizebürgermeister Slavik hob hervor, es müsse der oberste Gedanke gelten, Wien immer schöner zu gestalten und das Leben der Bevölkerung angenehmer zu machen!

Er verglich dann das Bundesbudget mit dem Voranschlag Wiens für 1962, in dem für die Hoheitsverwaltung 6.407.449.700 Schilling Einnahmen und 6.596.899.300 Schilling Ausgaben vorgesehen sind und stellte fest, daß die in den letzten Jahren verzeichneten Steigerungen der Einnahmen und Ausgaben beim Bund mit denen der Bundeshauptstadt ziemlich parallel verlaufen. VBgm. Slavik beschäftigte sich in diesem Zusammenhang mit den Beschuldigungen, daß die Stadt Wien die Steuerschraube strenger anziehe als andere Bundesländer. Er verwies darauf, daß die Steuereinnahmen im wesentlichen in ganz Österreich einheitlich gestaltet sind. Er zählte eine Reihe von Ermäßigungen auf, die in der letzten Zeit von der Wiener Stadtverwaltung durchgeführt wurden, so die Befreiung von der Vergnügungssteuer bei einer großen Zahl von kulturellen und sportlichen Veranstaltungen, die Heraufsetzung von steuerfreien Beträgen bei der Gewerbesteuer, die Befreiung der Verkehrsbetriebe von der Verkehrsgebühr usw. Neu eingeführt wurden die Ortstaxe im Interesse unseres Fremdenverkehrs, die Ausgleichsabgabe nach dem Garagengesetz, weiters Er-

höhungen der Hauskehrrechtsabgabe, der Wassergebühr, der Heilpflegekosten, und eine, wie der Finanzreferent hervorhob, fühlbare Erhöhung des Straßenbahntarifes. Im Verlauf der letzten zehn Jahre wurde auch der Strompreis erhöht, allerdings bei einer Aufhebung der Grundgebühren für zwei große Abnehmergruppen. Er verwies darauf, daß 1930 der Strompreis in Wien 70 Groschen ohne der Grundgebühren betrug, jetzt aber nur 57 Groschen. Die Preise in den städtischen Bädern blieben seit 1951 völlig unverändert.

Änderung bei Vergnügungssteuer und Kanalbenützungsgebühr

Zur Diskussion stehen Änderungen bei der Vergnügungssteuer und bei den Kanalbenützungsgebühren. Die Vergnügungssteuer soll nach dem Budget die gleiche Höhe erreichen wie 1961. Bei den Änderungen geht es darum, den anständigen Kinobesitzer vor dem unanständigen zu schützen und die technische Entwicklung durch das Fernsehen zur Kenntnis zu nehmen. Der anständige Unternehmer meldet das Eintrittsgeld ordentlich an und wird danach besteuert, der andere bringt eine Verminderung bei den Eintrittsgebühren zum Beispiel durch eine Erhöhung der Konsumationspreise für Getränke wieder herein. Nicht verständlich ist allerdings, daß die Zeitungen nur den Argumenten des unanständigen Unternehmers Gehör geben. Eine Reihe von Lokalen, die Fernsehvorführungen für ihre Gäste zugänglich machen, haben sich zu kleinen "Fernsehkinos" entwickelt, was die Kinos ganz wesentlich spüren. Sie stehen momentan in einer Existenzkrise, und die Gemeinde will ihnen daher helfen. Der Besuch der mittleren Kinos leidet außerdem noch darunter, daß viele motorisierte Kinobesucher vorwiegend die Premiärenkinos aufsuchen.

Der Gemeinderat muß in Kürze die Kanalbenützungsgebühr neu festsetzen. Der Rechnungshof hat bereits 1955 zur Erwägung gestellt, die Wiener Kanalbenützungsgebühren entsprechend zu erhöhen, und seither ist das Mißverhältnis zu den Selbstkosten noch krasser geworden. Der Rechnungshof empfahl auch, die veralteten Bestimmungen in der Bemessungsgrundlage durch neue zu ersetzen. Der Magistratsentwurf hatte nun eine Gebühr von 60 Schilling jährlich für eine Muschel vorgesehen. Daraufhin wurde der Gemeindeverwaltung vorgeworfen, daß dies besonders teuer

sei. Man zahlt aber in Graz 84 Schilling und in Salzburg 80 Schilling pro Jahr, während in Innsbruck pro Auslauf 94 Schilling jährlich eingehoben werden, was bedeutet, daß bei Badewanne, Waschmuschel, Abwasch und Klosett diese Gebühr insgesamt 376 Schilling ausmacht. Was in Polemiken gegen die "Abortsteuer" in verschiedenen Zeitungen alles zusammengeschrieben wurde, erinnere sehr stark an das Tausendjährige Reich und an Dr. Goebbels. Man muß nur so lange dreckig und gemein lügen, bis es die Bevölkerung endlich doch glaubt! Mit diesen Methoden versucht man eine systematische Vergiftung der Bevölkerung.

Die Budgetziffern zeigen, daß die Gemeindeverwaltung nicht die Absicht hat, im kommenden Jahr Steuern und Abgaben zu erhöhen. Wo es notwendig ist, sollen Veränderungen vorgenommen werden. Es ist aber nicht beabsichtigt, daraus Mehreinnahmen zu erzielen. Mit Mehreinnahmen kann die Finanzverwaltung der Stadt nur dort rechnen, wo sie durch die wirtschaftliche Weiterentwicklung erreicht werden.

Wieder 100 Millionen Zuschuß für Verkehrsbetriebe

Erstmals im Budget erscheint ein Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 100 Millionen Schilling für die Wiener Verkehrsbetriebe auf. Ein Zuschuß in der gleichen Höhe wurde bereits für 1961 im Laufe des Jahres beschlossen und gewährt, und er wird auch für das Jahr 1963 noch notwendig sein.

Die Vorarbeiten für das Budget 1962 haben sich nicht leichter gestaltet als in den vergangenen Jahren. Bei Erfüllung aller gestellten Forderungen hätte nach dem ersten Entwurf das Defizit rund 1.3 Milliarden ausgemacht und der Personalstand wäre um 1.500 Dienstposten höher gewesen. Durch entsprechende Streichungen ist es aber doch zu einem wesentlichen ausgeglichenen Budget gekommen und statt einer Postenvermehrung konnte sogar eine leichte Personalverringerung erzielt werden.

Oberster Grundsatz bei den Budgetvorberatungen war, daß die Einnahmen die Ausgaben decken müssen. Unfertige Projekte wurden in das Budget nicht aufgenommen. Die Personalstände wurden sehr streng überprüft. Man nahm darauf Rücksicht, welche Wirtschaftszweige größere Aufträge übernehmen und welche Investitionen mit Wahrscheinlichkeit auch durchgeführt werden können. Selbstver-

ständiglich mußte man vorsorgen, daß die Weiterarbeit an allen begonnenen Investitionen gesichert bleibt. Auf der Einnahmenseite haben wir, erklärte Vizebürgermeister Slavik, auch Korrekturen durchgeführt, die sich allerdings noch immer in einem sehr vorsichtig gezogenen Rahmen bewegen. Bei den Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ist vielleicht noch eine Reserve gegeben, aber bekanntlich sind ja Änderungen in den Sätzen der Lohn- und Einkommensteuer ins Auge gefaßt, die schon im Laufe des kommenden Jahres wirksam werden sollen. Dies wird auch für Land und Gemeinde Wien Mindereinnahmen erbringen. Die Lohn- und Einkommensteuer ist reformbedürftig. Hoffentlich wird die kommende Steuerreform sozialer sein, als das bei der Einkommensteuernovelle im Jahre 1954 der Fall war, die einem Familienvater (mit einem Kind) mit 18.000 Schilling Jahreseinkommen 1.100 Schilling, aber einem Ledigen mit 90.000 Schilling 16.500 Schilling an Steuerermäßigung brachte.

Gemeindebudget hilft auch 1962 mit zur Vollbeschäftigung

Die kleine Reserve auf der Einnahmenseite ist notwendig, da im Laufe des Jahres immer zusätzliche Aufgaben erwachsen, für deren Lösung Beträge vorhanden sein müssen. Man ist bisher mit dieser Art der Budgeterstellung immer gut gefahren. Dem Voranschlag 1962 wurden die Ergebnisse des Jahres 1960 und sogar auch jene bis Oktober 1961 zugrunde gelegt, sodaß man zu einer möglichst lebensnahen Schätzung gekommen ist. Der Voranschlag 1962 soll mithelfen, die Vollbeschäftigung auch im kommenden Jahr aufrechtzuerhalten, Gewerbe, Handel und Industrie mit Aufträgen zu versorgen und damit wiederum günstige Voraussetzungen für kommende Voranschläge zu schaffen. Wenn wir den Voranschlag 1962 betrachten, sehen wir, daß die Einnahmen von 5.857,6 Millionen auf 6.407,4 Millionen gestiegen sind. Von diesen 6.407,4 Millionen sind 262 Millionen für Kredite in Abzug zu bringen. Von den Einnahmen entfallen auf die Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 2.350 Millionen Schilling, auf die städtischen Steuern und Abgaben 1.343,5 Millionen, auf Gebühren und sonstige Einnahmen 2.451,6 Millionen. An Darlehenseinnahmen gibt es die an die Wiener Stadtwerke weiterzugebenden 250 Millionen und die für Industriebetriebe für die Aufschließung von Industriegelände weiterzugebenden 12,342.000 Schilling. ./.

Bei den Gemeindeabgaben werden sich einige Erträge ohne Regulierung von Steuern und Gebühren etwas verändern. Die Gewerbesteuer wird voraussichtlich infolge der günstigen wirtschaftlichen Lage von 500 Millionen auf 640 Millionen steigen, die Lohnsummensteuer von 245 Millionen auf 290 Millionen. Die Grundsteuer wird in Auswirkung eines Verwaltungsgerichtshofurteiles von 139 Millionen auf 110 Millionen sinken. Bei der Getränkesteuer rechnet man mit einer Erhöhung von 123 Millionen auf 140 Millionen; das heißt, daß in Wien für Getränke, größtenteils alkoholische, jährlich rund 1.4 Milliarden Schilling ausgegeben werden. Die Ausgleichszulage für Lebendvieh, der Sportgroschen, Ankündigungs- und Anzeigenabgabe werden geringfügig steigen. Die Hundeabgabe wird unverändert bleiben, ebenso die Vergnügungssteuer. Bei der Feuerschutzsteuer wird mit einem leichten Sinken gerechnet. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben gegenüber, die inklusive der Kredite des Jahres 1962 6.596,899.300 Schilling betragen werden. Nach Abzug der Kredite erhält man den Betrag von 6.334 Millionen Schilling. Stellt man die Ausgaben den Einnahmen gegenüber, kommt man zu einem Abgang von 189,449.600 Schilling. Das sind 2.9 Prozent der Ausgaben. Im Jahre 1961 waren es 174,949.300 Schilling, ebenfalls 2.9 Prozent. Für unvorhergesehene Ausgaben sind auch diesmal wieder 100 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Personalaufwand steigt durch die acht- bis zehnprozentige Erhöhung der Gehälter im Jahre 1961 und die Erhöhung um ein Prozent mit 1. Jänner 1962 sowie durch die Erhöhung der Pensionsbemessungsgrundlage um zirka elf Prozent und wird 1.972,6 Millionen Schilling (1961: 1.777,1 Millionen Schilling) erfordern. Der Personalstand sinkt von 35.062 auf 34.282 Beschäftigte. Die Zahl der Pensionisten steigt jedoch um 405.

Neben dem Personalaufwand steigt auch der sogenannte Sachaufwand, also jene Beträge, die für Heizung, Beleuchtung, Einrichtung, Verbrauchsmaterial usw. ausgegeben werden. Es sind hierfür 2.181 Millionen (1961: 1.971,6 Millionen) veranschlagt. Diese Steigerung hat ihre Ursache in verschiedenen Preiserhöhungen.

12.000 neue Wohnungen

Der Investitionsaufwand steigt gegenüber 1961 stark an und zwar von 27.1 Prozent auf 28.1 Prozent der Ausgaben im Jahr 1962, das heißt also, von 1.519,4 Millionen auf 1.777,9 Millionen. Diese Beträge sind von großer Bedeutung für die Bauindustrie und das Baunebengewerbe. Beim Wohnungsbau unterscheiden wir derzeit zwischen drei Aktionen, und zwar den direkten kommunalen Wohnungsbau, den genossenschaftlichen und den Eigenheimbau. Für das Jahr 1962 rechnet man mit dem Bau von rund 12.000 Wohnungen, wovon ein Drittel auf den rein kommunalen Wohnungsbau entfällt, ein Drittel auf den Genossenschaftsbau und das dritte Drittel auf den Bau von Wohnungen, die im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion errichtet werden.

Auch bei den anderen Verwaltungsgruppen zeigen sich wesentliche Erhöhungen bei den Ansätzen. Für Kultur- und Volksbildung werden 152,5 Millionen, für die Schulen 220,5 Millionen Schilling ausgegeben. Besonders auf dem Schulsektor sind große Aufgaben zu erfüllen, da hier jahrzehntelang viel zu wenig geschehen ist. Die Gemeindeverwaltung ist der Meinung, daß eine gute Jugend herangezogen werden soll, die nicht nur nach neuen Unterrichtsmethoden, sondern auch in neuen modernen Schulen lernen soll.

18.000 Säuglingswäschepakete

Bei der Gruppe IV, Wohlfahrtswesen, steigen die Ausgaben trotz der immer kleiner werdenden Zahl von Befürsorgten durch erhöhte Leistungen um 31 Millionen auf 489,5 Millionen. Auch das erfreuliche Ansteigen der Geburten wirkt sich hier aus, da für die Anschaffung von 18.000 Säuglingswäschepaketen 4,6 Millionen Schilling erforderlich sind.

Die Ausgaben für die Krankenanstalten werden sich auf 1.216 Millionen Schilling belaufen, denen Einnahmen von nur 563,6 Millionen gegenüberstehen. Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sind 18 Millionen bereitgestellt. Es ist zu hoffen, daß das Stadium der Planung bald seinen Abschluß findet und endlich mit dem Neubau begonnen werden kann. 24,2 Millionen Schilling sind für die Erhaltung des alten Allgemeinen Krankenhauses veranschlagt.

Dieser Betrag ist notwendig, da auch bei Beginn des Neubaus das alte Objekt noch einige Jahre in Anspruch genommen werden wird und man trachten muß, den Patienten den Spitalsaufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Was die Gruppe VI, Bauwesen, anbelangt, haben wir hier eine starke Steigerung der Ausgaben; sie betragen 1.299,6 Millionen Schilling (1961: 1.073,8 Millionen Schilling). Es ergibt sich somit auch eine wesentliche Steigerung der Aufträge für die Bauwirtschaft, und wir hoffen, daß die Bauwirtschaft auch die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann. Die Beträge sollen nicht dazu dienen, daß die Preise steigen, sondern daß wir mehr Leistungen zustande bringen.

In der Gruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, steigen die Ausgaben um 18 Millionen Schilling auf 153,5 Millionen. 15 Millionen sind für Lichtsignalanlagen vorgesehen und beträchtliche Beträge auch für den Ausbau der öffentlichen Beleuchtung. Auch die letzte Rate für die Elektrifizierung der Gasbeleuchtung ist im Budget vorgesehen, sodaß im kommenden Jahr die Gasbeleuchtung aus Wien verschwunden sein wird.

Für die Gruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, also für die Wasserwerke, die Bäder, die Kanalisation, die Stadtreinigung, die Wäschereien sind für 1962 überall erhöhte Beträge vorgesehen. Für den Weiterbau der Müllverbrennungsanlage wurden 37,3 Millionen eingesetzt. Insgesamt steigen die Ausgaben in dieser Gruppe um 16,5 Millionen auf 686,3 Millionen.

Bei der Gruppe IX, Wohnungswesen, betragen die Einnahmen 217,6 Millionen und die Ausgaben 268 Millionen; dabei sind jedoch 66 Millionen für Abschreibungen und 62 Millionen für die Erhaltung der baulichen Anlagen eingesetzt. Wir benötigen also keine Zuschüsse mehr aus Steuergeldern für die Wohnhausverwaltung.

In der Gruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, haben wir ebenfalls erhöhte Ausgaben. Hier sind der Weiterbau eines Marktes und der Baubeginn eines zweiten Marktes vorgesehen.

Bei der Gruppe XI, Allgemeine Verwaltung, hebt der Redner besonders die Grundkäufe hervor. Hier ist wieder ein Betrag eingesetzt, der voraussichtlich nicht ausreichen wird. Wir richten uns jedoch immer nach dem Angebot.

In diesem Jahr werden wir voraussichtlich für den Ankauf von Grundstücken 225 Millionen ausgegeben haben. Wenn es so weitergeht, werden wir auch für 1962 mehr brauchen als die vorgesehenen 75 Millionen. Soweit wir Grundflächen zu einem erträglichen Preis kaufen können, soll es nicht an der finanziellen Seite scheitern. Der Gemeinderat wird wohl jederzeit bereit sein, das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wieder ein Schritt vorwärts!

Wenn wir also den Voranschlag für das Jahr 1962 zur Hand nehmen und berücksichtigen, daß wir fast 6.6 Milliarden Schilling ausgeben werden und die Stadtwerke ungefähr 3.3 Milliarden, so leisten wir damit wohl einen sehr wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung. Wir hoffen, daß mit diesem Budget unserer Wirtschaft gedient wird. Und wir hoffen, daß unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik mithelfen wird, den Menschen unserer Stadt den Arbeitsplatz zu sichern und daß wieder ein Schritt vorwärts getan wird, bei unserer Arbeit für die Verschönerung dieser Stadt. Wir hoffen schließlich, daß wir mit diesem Budget nicht nur der Wiener Bevölkerung Freude bereiten werden, sondern auch den Ruf Wiens als eine der schönsten Städte der Welt weiter festigen.

Hierauf stellte Vizebürgermeister Slavik den formellen Antrag:

1. Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1962 mit Einnahmen von 6.407,449.700 Schilling und Ausgaben von 6.596,899.300 Schilling wird genehmigt.

2. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

3. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabensätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert.

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bei eventuellen Organisationsänderungen den Dienstpostenplan des Kontrollamtes diesen Änderungen vorläufig anzupassen. - Das gleiche Recht steht im Bereich des Magistrates dem Magistratsdirektor im Einvernehmen mit dem Amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten zu.

5. Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge; 11, Nebenbezüge; 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse; 15, Sozialversicherungsbeiträge; und 19, Sonstige Personalauslagen; sind, jede Post für sich, durch

sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig. Virements zwischen den Posten des Personalaufwandes sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden.

6. Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge innerhalb der gleichen Post sind gleichfalls an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall zehn Prozent des betreffenden Ansatzes bzw. Teilansatzes oder 12.500 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Schließlich teilte der Referent mit, daß vom Recht der Einsichtnahme 38 Gemeindemitglieder Gebrauch gemacht haben, und zwar 23 Männer und 15 Frauen. 19 von ihnen gaben als Beruf Arbeiter und Angestellte an, 16 waren Pensionisten oder Rentner, eine Frau gab Haushalt an und zwei Berufe sind unbekannt.

Der Referent stellte den Antrag, die Erinnerungen den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung zuzuweisen.

Abschließend erklärte Vizebürgermeister Slavik, er habe diesmal versucht, alles aus seinem Referat wegzulassen, was dann von den zuständigen Amtsführenden Stadträten berichtet werden wird. Er habe sich jedoch bemüht, die Probleme aufzuzeigen, die bei der Aufstellung des Voranschlages auftreten. Er glaube sagen zu können, daß das Budget für 1962 so gewissenhaft wie möglich aufgestellt wurde. Man hat sich bemüht, die notwendigen Beträge aufzubringen, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Das Budget für das Jahr 1962 ermöglicht den weiteren Ausbau unserer Stadt und wird so wie bisher die Gemeindeverwaltung in die Lage versetzen, auch für das kommende Jahr eine günstige wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen. Wir hoffen, daß der Voranschlag für das Jahr 1962 das halten wird, was wir uns von ihm versprechen dürfen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Generaldebatte

GR. Lauscher (KLS) kritisiert das Gemeindebudget, weil es eine Politik widerspiegele, die an wesentlichen Dingen vorbeigehe und keine raschen, endgültigen und sozialen Lösungen der brennenden Probleme der Stadt Wien bringe.

Die Wohnungsnot sei unvermindert groß, dem Wohnungsschacher wurde nicht Einhalt geboten. Viele tausende Wohnungen, die von den Hausherren zurückgehalten werden, stehen leer. Noch immer gibt es keinen Reparaturfonds für die Althäuser, sodaß die Wiener in den Elendswohnungen mehr zahlen müssen als in neuen Häusern. Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde ist trotz aller Versprechungen in den letzten Jahren beträchtlich gesunken. Im Jahr werden nur mehr 4.000 Gemeindewohnungen gebaut. In Bauten, die mit Mitteln der Wohnbauförderung errichtet werden, sind die Mietzinse so hoch, daß man hier nicht mehr von sozialem Wohnbau sprechen kann. Die junge Generation komme bei der Vergebung von Wohnungen kaum zum Zuge. Der Bodenspekulation ist noch immer Tür und Tor geöffnet. Ungelöst sind die vielen Probleme des Verkehrs, vor allem des öffentlichen Verkehrs. Entscheidende großzügige Maßnahmen dürften nicht künftigen Generationen überlassen werden, sondern seien schon jetzt notwendig. Die Gehälter der Gemeindeangestellten seien noch immer nicht voll valorisiert. Die weiblichen Bediensteten mußten dienstrechtliche Verschlechterungen hinnehmen. Dazu komme ein schlechtes Betriebsklima, Willkür bei Beförderungen und Zurücksetzung aus politischen Gründen.

Erfreulicher sind die Verhältnisse auf dem Gebiete des Pflichtschulwesens. Man soll aber die Elternvereine nicht ständig zu Anschaffungen heranziehen, die zu den Aufgaben der Schulverwaltung gehören.

Noch immer gebe es einen Bettenmangel in den Spitälern.

Die Wiener seien durch den Finanzausgleich zwischen Bund und Stadt Wien schwer benachteiligt. Der Anteil Wiens am Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und an der Mineralölsteuer ist viel zu gering. Der Bund trägt nur in geringfügigem Maße zur Deckung des Defizites in den Krankenanstalten bei. Und bei den Maßnahmen der Stadtplanung zeigt sich besonders die Wien-Feindlichkeit der ÖVP-Bundespolitik. Dem Bund gegenüber müßte man die Interessen Wiens mit viel größerer Entschiedenheit vertreten.

Die verschiedenen Steuer- und Gebührenerhöhungen bringen für die Wiener Bevölkerung eine fühlbare finanzielle Belastung. Der Finanzreferent hat die sogenannte "Abortsteuer" verteidigt, die selbstverständlich eine Erhöhung und damit eine neue Belastung

der Bevölkerung bedeuten wird. (Vizebürgermeister Slavik: Das ist nicht wahr!) Es steht in den Erläuterungen zu dem vom Landtag beschlossenen Gesetz! Früher war das soziale Wien ein Vorbild für andere Städte, heute nimmt man sich die kleineren Städte Österreichs zum Vorbild, wenn man Gebührenerhöhungen beschließen will. Den arbeitenden Menschen ist es heute nicht mehr möglich, einen Unterschied zwischen der Politik des ÖVP-Finanzministers, den Preissteigerungspraktiken der Unternehmer und der Politik des Wiener Finanzreferenten zu erkennen: allebürden sie den arbeitenden Massen wachsende Lasten auf. Von seinem Vorgänger unterscheidet sich allerdings der neue Finanzreferent dadurch, daß er schon den Weg der Schuldenwirtschaft beschritten hat. Die hohe Zinsenbelastung hätte man angesichts der vorhandenen Reserven den Wienern ersparen können. Dadurch lege man nämlich die Grundlage für Steuer- und Tariferhöhungen in den kommenden Jahren.

GR. Lauscher beschäftigt sich in seinen weiteren Ausführungen mit der neonazistischen Regsamkeit, für deren Unterstützung er die FPÖ verantwortlich macht. Er wendet sich auch dagegen, daß die Stadtverwaltung die Umtriebe neonazistischer Organisationen duldet und nichts dagegen unternommen hat, als den getarnten Turnvereinen ihr Eigentum zurückgegeben wurde. Sie hat diesen Turnvereinen sogar städtische Turnsäle bereitgestellt. Seiner Ansicht nach wäre es Pflicht der Stadtverwaltung, an der Unschädlichmachung dieser staatsfeindlichen Organisation mitzuwirken. Er bezeichnet es aber als erfreulich, daß Funktionäre der SPÖ und ÖVP die Umtriebe der irreführten Jugendlichen verurteilen. Viele von ihnen haben erkannt, daß gegen diese großdeutschen, undemokratischen Tendenzen, energisch entgegengetreten werden muß.

Abschließend verlangt der kommunistische Redner Maßnahmen zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens, vor allem die Verwirklichung einer Wahlrechtsreform. Den Ansätzen der Geschäftsgruppe II, wird seine Fraktion die Zustimmung nicht erteilen, obwohl sie die Ansätze einiger Geschäftsgruppen billigen werde.

Bevor die Vorsitzende, GR. Helene Potetz (SPÖ) das Wort dem nächsten Debatteredner erteilt, macht sie darauf aufmerksam,

daß Debattenbeiträge nach der geltenden Geschäftsordnung im Gemeinderat nicht verlesen werden dürfen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) setzt sich einleitend mit den Ausführungen seines Vorredners über den Neonazismus auseinander. Er verwahrt sich dagegen, seine Partei mit den Taten einiger Lausbuben in Verbindung zu setzen und erinnert, zu den Mitgliedern der KLS-Fraktion gewendet, daran, daß an der Spitze der Sowjetischen Kommunisten jahrelang ein Massenmörder gestanden hat.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit den vom Finanzreferenten angeführten Steuersenkungen, aber auch den durchgeführten Tariferhöhungen. Der kleine Mann, sagte er, spürt empfindlich die Belastung, die seitens des Bundes auf Wien ausgeübt wird. Die Finanzpolitik des Bundes erfolge seiner Meinung nach nicht nach einem Konzept, sie ist vielmehr das Resultat eines Tauziehens innerhalb der Koalition. Die Kompromisse kommen immer wieder im letzten Augenblick zustande und führen letzten Endes zur Inflation. Es ist kein Geheimnis, sagt er, daß die Welle der Preissteigerung durch die Koalitionspolitik ausgelöst wurde. Er beschäftigt sich dann mit den Preiserhöhungen der Stadtverwaltung und ist der Meinung, daß weitere Tariferhöhungen unausbleiblich erscheinen. Die Verdünnung des Schillings bezeichnet er als eine Tatsache, deren Ursache in der ständigen Erhöhung der Preise und Tarife liege. Dies geschieht trotz der Existenz der Paritätischen Kommission, denn die wahren Preistreiber sitzen in der wirtschaftsbeherrschenden Koalition. Wien, erklärt er, ist als der wirtschaftliche Schwerpunkt Österreichs anzusehen. Der Bund müßte daher bei seiner Budgetierung durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel darauf Rücksicht nehmen.

Bezüglich der Vergnügungssteuer ersucht der Redner um Mitteilung, wie das bisherige Ergebnis im Vergleich zu dem für 1961 veranschlagten ist. Das Ansteigen der Getränkesteuer, das zur Hauptsache auf den erhöhten Alkoholkonsum zurückzuführen ist, sei sehr bedauerlich.

Es müßte mit aktiven Mitteln und auch mit Mitteln der Steuerpolitik alles getan werden, um den Alkoholkonsum einzuschränken. Eine Möglichkeit hierzu läge vielleicht darin, für alkoholfreie Getränke Steuererleichterungen oder Begünstigungen zu schaffen. Der Redner fordert in diesem Zusammenhang auch die vermehrte Errichtung von Milchtrinkständen.

Bei den Ansätzen auf dem Gesundheitssektor falle auf, daß die Einnahmen sehr niedrig sind, die Ausgaben aber ständig steigen. Der Bund müßte hier seiner Verpflichtung endlich nachkommen und als Sozialversicherungsträger einen Beitrag leisten. 15 Prozent der Spitalspatienten der Wiener Spitäler seien außerdem nicht aus unserer Stadt. Auch aus diesem Grunde wären Bundszuschüsse gerechtfertigt. Es sei nicht zu leugnen, daß auf dem Spitalssektor viel investiert wird. Der Nachholbedarf ist aber ungeheuer groß und die Ansätze daher zu niedrig. Bedauerlicherweise seien auch keine wesentlichen Neubauten geplant. Unbegreiflich sei es, daß die Stadtverwaltung zusehe, wie man sich um den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses herumstreite und die Planungen ins uferlose treibe. Der Neubau wird durch das lange Hinauszögern außerdem nicht billiger. Derzeit rechnet man bereits mit Kosten von 1.4 Milliarden Schilling.

Als befremdend bezeichnet der Redner die Haltung der Stadtverwaltung auf dem Sektor des kommunalen Wohnungsbaues. Im Budget sind Mittel für nur 4.000 neue Wohnungen aus dem kommunalen Wohnungsbau vorgesehen. Es ist also nicht einmal mit einer Forcierung durch die Fertigteilbauweise zu rechnen. Der Redner bezeichnet diese Tatsache als einen gewaltigen Rückschritt für alle Wiener, im besonderen für jene, die schon jahrelang auf eine Wohnung warten, verfallen doch derzeit mehr Wohnungen, als neue errichtet werden. Er frage Vizebürgermeister Slavik, ob die für die Neue Wiener Wohnbauaktion veranschlagten Mittel für eine Erweiterung dieser Aktion gedacht sind, oder ob es sich um die Bereitstellung der Beträge für bereits bewilligte Ansuchen handelt. Die Zahl der Wohnungsuchenden sei in Wien immer noch sehr groß. Durch das Fehlen geeigneter Gesetze hat der Mangel an Wohnungen auch zur Bodenspekulation und zum Wohnungswucher geführt.

Auch auf dem Verkehrssektor entspreche der Voranschlag nicht den Erwartungen. Vor zwei Wochen hat der Wiener Gemeinderat das städte-

bauliche Grundkonzept Wiens diskutiert. Einer der wichtigsten Punkte dieses Konzeptes war die Planung auf dem Verkehrssektor, und hier wiederum das Projekt Lastenstraße und Karlsplatz. Trotzdem seien im Voranschlag nicht für das große Projekt Mittel vorgesehen, sondern für eine Passage bei der Operngasse. Eine derartige Verzettelung der Finanzkraft müßte abgelehnt werden. Hat man ein Projekt als das wichtigste erkannt, und das ist bezüglich Lastenstraße und Karlsplatz der Fall, dann sollte man auch die ganze Kraft dafür einsetzen. Auch die bereits 1954 angekündigte Schnellbahn, die endlich im Jänner auf der Strecke zwischen Floridsdorf und Meidling in Betrieb genommen werden soll, wird nicht die angekündigte Entlastung mitsichbringen. Eine Schnellbahn, die über nur vier Züge à 200 Personen in der Stunde verfügt und an den Zentren des Massenverkehrs vorbeiführt, ist unzureichend. Man wird bald erkennen müssen, daß dieser Aufwand eine Fehlinvestition ist. Dringend notwendig wäre die Verlängerung der Stadtbahn nach Liesing. Ob es richtig sei, in Wien eine Alweg-Bahn zu errichten, könnte erst nach Vorliegen von Gutachten der Fachleute entschieden werden. Es sollte Wien vielleicht doch nicht als Versuchskaninchen für etwas verwendet werden, das von anderen Millionenstädten abgelehnt wurde.

Der Redner kommt sodann auf den Zivilschutz zu sprechen und stellt fest, daß im Budget leider keine Mittel hierfür vorgesehen sind. Es gehöre zur Aufgabe einer Großstadt und ihrer Verwaltung, die Bevölkerung vor einer atomaren Katastrophe, es muß ja gar kein Kriegsfall sein, zu schützen. Andere Städte und Länder scheuen keine Ausgaben und Anstrengungen auf diesem Sektor. Diese Aufgabe wäre so dringend, daß wir nicht erst warten können, bis sich der Bund seiner Verpflichtung bewußt werde. Der Redner bittet Vizebürgermeister Slavik zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

Abschließend stellt GR. Dr. Schmidt fest, daß seine Fraktion sich bei der Behandlung der einzelnen Ressorts noch näher mit den Einzelheiten beschäftigen werde. Sie sei jedoch davon enttäuscht, daß viele dringliche Probleme nicht deutlich genug berücksichtigt wurden. Seine Fraktion könne daher dem Budget nicht zustimmen.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) führt aus, daß Wien fast eine Wohlstandsstadt geworden sei. Damit werden aber viele neue Probleme

geschaffen. Immer mehr Leute haben ein Auto, aber die Straßen sind verstopft. Wir bauen neue Spitäler, aber haben kein Personal zur Pflege der Kranken. Es gilt hier umzudenken, vor allem, wenn der Gedanke auftaucht, daß das Budget dieser Stadt das Werk einer einzigen Partei sei.

Der Redner erinnert daran, daß schon vor vielen Jahren die ÖVP die Meinung vertreten habe, man könne nicht alle Aufgaben der Stadtverwaltung einer einzigen Generation aufbürden. Aber noch 1958 erklärte der Finanzreferent, daß er nicht daran denke, Anleihen für die Stadt Wien aufzunehmen. Inzwischen hat sich das erfreulicherweise geändert, und es dürfte auch notwendig sein, im kommenden Jahr eine Anleihe aufzulegen.

Der Redner erinnert dann an die Vorschläge der ÖVP zur Bewältigung der Verkehrsprobleme und bedauert, daß diese Fragen zu einem Politikum geworden sind. Es wäre aber hoch an der Zeit, an die Lösung der Verkehrsprobleme heranzugehen.

Die ÖVP behaupte nicht, mit ihren Vorschlägen den Stein der Weisen gefunden zu haben, aber man sollte diese Vorschläge prüfen und ausbauen, und zwar durch Experten und nicht durch Politiker. Die ÖVP habe deshalb auch die Überprüfung der Alweg-Bahn durch internationale (nicht ausländische) Experten vorgeschlagen.

In diesem Zusammenhang erhebt der Redner den Vorwurf, daß die Mehrheit dieses Hauses das Forum der freigewählten Volksvertreter übergehe. Erst aus den Zeitungen konnte man erfahren, daß Absprachen getroffen und Verhandlungen geführt werden. Für die ÖVP gelte das Motto "Mitarbeiten und Mitverantworten", aber wie weit können wir diesen Wählerauftrag ausführen, wenn die Mehrheit uns die Mitarbeit so sehr erschwert. Wie steht es zum Beispiel mit der von der ÖVP verlangten Demokratisierung und Modernisierung der Wiener Verfassung? Der im April eingebrachte Antrag wurde noch immer nicht auf die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses gesetzt.

Es fehle auch die Mitwirkung an der Aufstellung des Budgets. Der Redner schlägt daher vor, den Finanzausschuß zu einem Finanz- und Budgetausschuß auszubauen, damit die Gemeinderäte an der Aufstellung des Voranschlages mitwirken können.

Schließlich vertritt Dr. Weninger die Meinung, daß die Kluft zwischen Kirche und Sozialismus noch nicht zur Gänze geschlossen

werden konnte. Manche Taten der Sozialisten sprechen dafür. Im folgenden wendet sich der Redner verschiedenen Problemen der Stadtverwaltung zu: Eine der Hauptsorgen der Gemeinde stelle die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses dar. Der Redner vertritt jedoch den Standpunkt, daß nicht nur die Gemeinde allein dafür zuständig sein kann. Er begrüßt es deshalb, wenn für Baufreudige Gründe im Baurecht vergeben werden und hofft auf die Fortsetzung der Neuen Wiener Wohnbauaktion.

Die Fertigteil-Bauweise wird sicher eine große Zeitersparnis bringen. Es wurde seinerzeit versprochen, dadurch zusätzlich tausend Wohnungen jährlich zu errichten. In der Einleitung zum Budget heißt es jedoch, daß 4.000 Wohnungen, einschließlich der Fertigteil-Bauweise errichtet werden sollen. Dem gegenüber waren im Budget 1961 4.500 Wohnungen ohne Montagebau vorgesehen.

In anderen Städten werde auch dem Bau von Einfamilienhäusern viel mehr Platz eingeräumt.

Zur Frage der Zinsbildung erinnert der Redner an den Antrag der ÖVP auf Gewährung von Mietzinszuschüssen für Mieter mit geringerem Einkommen. Am schlechtesten daran sei die wohnungsuchende Jugend. Doch dürfte es genügend junge Leute geben, die ihren Teil beitragen wollen. Es sei daher bedauerlich, daß auf Regierungsebene in der vergangenen Woche ein Antrag bezüglich Jugendsparen nicht die Billigung von Vizekanzler Dr. Pittermann gefunden habe.

Zu weiteren Einzelfragen führt der Sprecher der ÖVP unter anderem aus: Wir begrüßen es, daß in Kürze mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses begonnen werden kann. Wir wollen damit die Voraussetzungen schaffen, daß die Wiener medizinische Schule wieder ein Heim und Lehrstätten bekommt, die es ihr ermöglichen, ihren alten guten Ruf in der Welt zurückzuerobern. Bedauerlich ist, daß gerade Jugendliche und Frauen in immer größerem Ausmaß dem Alkoholismus verfallen. Die ÖVP befürwortet die Befreiung der alkoholfreien Getränke von der Getränkesteuer. Wir sollten lieber auf einige hunderttausende Schilling verzichten, als in späteren Jahren Heime und Spitäler für Alkoholranke zu bauen.

Besondere Maßnahmen sind erforderlich zur Lärmbekämpfung, zur Reinerhaltung der Luft und insbesondere bei neuen Bauten zur Vorsorge für den Strahlenschutz. Wir treten für die Schaffung von Grün- und Erholungsgebieten ein. Friedhöfe sollen keine gewinnbringenden Unternehmen sein. Dem Wiener sind die Ortsfriedhöfe besonders ans Herz gewachsen; diese sollten mit den Verkehrsmitteln besser erreichbar sein. Die Stadtreinigung leidet unter starkem Personalmangel. Wir wollen an alle Bewohner der Stadt appellieren, selbst zur Reinhaltung der Straßen beizutragen. Die Schönheit des Stadtbildes würde auch nicht leiden, wenn man mehr Abfallkörbe anbringen könnte. Der Naschmarkt im Inneren der Stadt ist unhaltbar geworden, es muß bald der neue Zentralmarkt geschaffen werden. Bei der Betreuung der alten Menschen sollte man in stärkerem Maße auch private Institutionen heranziehen und diese entsprechend subventionieren. Wir begrüßen den Neubau des Theaters an der Wien. Die ÖVP setzt sich für die Pflege einer gesunden Individualität in der Vielfalt der großen Stadt ein, in der jeder Mensch auch das Antlitz seines Schöpfers trägt.

Da sich die ÖVP dem Auftrage, der ihr durch das Vertrauen vieler Wiener gegeben wurde, nicht entzieht, und ihre Kraft dareinsetzt, verantwortungsvoll für ihre Heimatstadt zu wirken, wird sie dem Budget 1962 die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Marek (SPÖ) stellt zunächst rückschauend fest, daß in dem ersten Jahrzehnt nach Beendigung des Krieges die Hauptaufgabe darin bestand, die Kriegsschäden zu beseitigen und Wohnraum zu schaffen. In den nächstfolgenden Jahren haben wir versucht, die große Linie zu finden, die seit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages Grundlage unseres weiteren Wirkens ist. Das Budget 1962 ist ein sehr beachtliches Instrument der Gemeindepolitik. Wenn wir die Einnahmenansätze in den Budgets aller Bundesländer gegenüberstellen und dabei finden, daß die übrigen acht Bundesländer für das Jahr 1962 mit einer Budgetsumme von zusammen 6.2 Milliarden rechnen, wogegen die Budgetsumme des Voranschlages der Gemeinde Wien 6.5 Milliarden beträgt, so erkennen wir daraus, welche Kraft diesem Gemeindebudget innewohnt und welche Bedeutung es für das Wirtschaftsleben unserer Stadt und darüber hinaus für ganz Österreich hat.

Innerhalb unserer Stadt kann niemand über Mangel an demokratischer Gesinnung klagen. An dem Tage, an dem Vizebürgermeister Slavik der gesamten Öffentlichkeit den Wiener Voranschlag für das Jahr 1962 vorlegte, hat der Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Müllner, einigen Mitgliedern des N.Ö.-Landtages lediglich einen handgeschriebenen Zettel überreicht, auf dem die Budgetsummen mit Bleistift vermerkt waren.

Die besondere Lage Wiens, der neuntgrößten Stadt Europas, formt unsere volkswirtschaftlichen Aufgaben. Durch die geographische Lage sind wir an die östlichste Grenze der freien Welt gesetzt. Wien liegt weit ab von den grossen Verkehrswegen, und sein Handel ist mit einer bedeutend höheren Frachtrate belastet als in Westösterreich. Unsere Wirtschaft lebt zur Zeit in einer durchaus erfreulichen Konjunktur. Ihre Leistungsfähigkeit, die sie unter Beweis gestellt hat, wird noch durch eine Spezialisierung zu steigern sein, wenn sich größere Absatzmärkte erschließen. Wir benötigen aber geeignete Standorte für die An- und Umsiedlung. Es fehlt eine Standortberatung. Wir brauchen ein Gesamtkonzept der Wirtschaft für den Raum Wien. Mit Bestürzung müssen wir feststellen, daß aus Wien eine Industrieabwanderung vor sich geht, was eine Schwächung der Wiener Wirtschaft bedeutet, und daß in den vergangenen Jahren alteingesessene Unternehmungen aus Wien abgesiedelt sind. Die Gemeinde Wien tut von sich aus sehr viel, um für die Ansiedlung von industriellen Unternehmungen Gründe zur Verfügung zu stellen. Sie hat vor allem in den südlichen Bezirken Gelände für diese Zwecke erschlossen. Nicht zuletzt leistet Wien der Industrie durch die Inanspruchnahme und Weitergabe von Krediten der Kommunalkredit A.G. wertvolle Hilfe.

Hand in Hand mit der industriellen Umstellung geht die gewerbliche Umstellung und eine Umstellung der Bevölkerung vor sich, die immer mehr und mehr gesünderen Wohnbezirken zustrebt. In einigen inneren Bezirken hat die Bevölkerung in den letzten Jahren stark abgenommen, so in Mariahilf um 11,3 Prozent, am Neubau um 14,5 Prozent, in der Josefstadt um 16,7 Prozent und am Alsergrund um 13 Prozent.

Dies bedeutet auch eine Verschiebung der Kaufkraft, wodurch mancher Kaufmann seinen Kundenkreis verliert. Darum muß sich auch der Greißler von gestern umstellen und erkennen, daß die Zeit des Dr. Lueger vorbei ist.

GR. Marek erinnert an die erst vor kurzem im Wiener Gemeinderat durchgeführte Diskussion über das städtebauliche Grundkonzept. Mit der Annahme dieses Grundkonzeptes, sagte er, wurde bereits der Arbeitsplan für die nächsten Jahre festgelegt. Er dankte in diesem Zusammenhang Bürgermeister Jonas dafür, daß er sich für die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels so tatkräftig eingesetzt hat. Der Redner verweist auf die große Bedeutung des Lainzer Tiergartens als Erholungsgebiet der Wiener, ist aber der Ansicht, man sollte dort keine zu großen baulichen Eingriffe vornehmen.

Die Baugrundbeschaffung bezeichnete er als ein wichtiges Kapitel, dem größte Aufmerksamkeit zukommen muß. Als eine unerfreuliche Begleiterscheinung der Baugrundbeschaffung nannte er den Preiswucher und die Überfremdung durch Einflüsse fremden Kapitals. Er verstehe nicht die Behauptung, sagte er, die aus den Kreisen der ÖVP zu hören war, nämlich daß die Gemeinde Wien die Grundpreise in die Höhe treibe. Er nennt dann einige Beispiele aus der täglichen Praxis der Bodenwucherer. So wurde 1960 in Kaisermühlen ein Grundstück um 65 Schilling pro Quadratmeter erworben und im gleichen Jahr der Gemeinde Wien um 350 Schilling pro Quadratmeter zum Kauf angeboten. Im 20. Bezirk wurde eine um 65.000 Schilling gekaufte Realität einige Monate später der Gemeinde Wien um 750.000 Schilling offeriert.

Eine böse Sache, über die auch einmal gesprochen werden muß, ist die Überfremdung durch Bodenankäufe, die sich wie ein Wurmgeschlinge überall bemerkbar macht. Eine Untersuchung im Lande Salzburg hat ergeben, daß dort nach dem 1. Jänner 1956 241 ausländische Betriebe mit zusammen mehr als 3.000 Arbeitskräften errichtet wurden. Die Zahl und der Umfang von Bodenankäufen durch Ausländer nimmt ständig zu. Das gilt auch für den Einfluß des ausländischen Kapitals über den Aktienbesitz. Er verweist auf zahlreiche Angebote in österreichischen Zeitungen, durch die DM-zahlende Käufer gesucht werden, und er ist der Ansicht, man müsse rechtzeitig Vorsorge treffen, um einer solchen Überfremdung Einhalt zu gebieten.

Marek setzt sich auch für die Schaffung eines Assanierungsgesetzes ein und bemerkt hierzu, daß eine Koppelung dieses Gesetzes mit einer Mietenreform, wie sie seitens der ÖVP vorgeschlagen wurde, seine Fraktion entschieden ablehnen wird. (Beifall bei der SPÖ.) Er erinnert daran, daß in einer Reihe von Ländern ähnliche Maßnahmen, wie sie von den Sozialisten in Österreich seit Jahren verlangt werden, bereits verwirklicht wurden. Selbst im konservativen England gibt es ein Gesetz, das die städtebauliche Entwicklung sichert. In der Bundesrepublik Deutschland steht ein Gesetz für Baulandbeschaffung vor der Verabschiedung. In der Schweiz bedarf der Erwerb von Grundstücken der Zustimmung der Kantonsregierungen.

Eng im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen sind auch die Fragen des Fremdenverkehrs. Es ist ein erfreuliches Zeichen der Anerkennung Wiens, daß in unserer Stadt in den vergangenen Jahren durchschnittlich 130 internationale Großkongresse stattgefunden haben. Ist auch in den letzten Jahren die Zahl der Wiener Hotelbetten und ihre Qualität gestiegen, so müsse doch der Hotelbau stärker gefördert werden.

Der Redner kommt sodann auf die Benachteiligung Wiens durch den Bund beim Straßenbau zu sprechen. Es sei unerträglich, daß von 1.800 Kilometer Wiener Straßen nur 15 Kilometer Bundesstraßen sind. Wien will keine Bevorzugung gegenüber anderen Bundesländern, verlangt aber völlige Gleichberechtigung. Dem Verlangen des Bürgermeisters, 129 Kilometer Wiener Straßen als Bundesstraßen zu erklären, müßte unbedingt Rechnung getragen werden. Bei Erfüllung dieser Forderung würden von den 9.230 Kilometer Bundesstraßen erst 1.4 Prozent im Lande Wien sein.

Eine weitere Forderung an den Bund sei, daß die Bundeserziehungsanstalten mit Internaten in vollem Umfang wiedererrichtet werden. Derzeit gibt es in Wien nur eine einzige Bundeserziehungsanstalt.

GR. Marek kommt sodann auf die Autobahn zu sprechen und kritisiert, daß die Autobahn bei Preßbaum endet. Eine Autobahn, die weit vor der Hauptstadt aufhört, sei sinnlos. Die Gemeinde Wien habe sich bereit erklärt, die Errichtung der Autobahn bis zum Wiener Stadtbereich vorzufinanzieren. Es wäre ein Ding der Unmöglichkeit, der Bundeshauptstadt etwas vorzuenthalten, was allen anderen Bundesländern zugestanden wird.

Die Benachteiligung Wiens auf einem weiteren Sektor, nämlich bei der Gewährung von ERP-Mitteln, wird sich hoffentlich durch die

Verabschiedung des Gesetzes über die Verwendung der ERP-Mittel ändern. Schließlich hat auch Wien Anspruch darauf.

Als unverantwortlich bezeichnet es GR. Marek, der Bevölkerung immer wieder einreden zu wollen, der Schilling sei gefährdet. Unsere Währung ist krisenfest und voll und ganz gedeckt. Es ist gefährlich, aus politischen Spekulationen heraus derartige Gerüchte zu verbreiten. Glücklicherweise ist die Wiener Bevölkerung verständig genug, solchen Parolen nicht zu glauben. Das ständige Steigen der Spareinlagen ist ein guter Beweis für den gesunden volkswirtschaftlichen Sinn des österreichischen Volkes.

Wenn über die Verfassung gesprochen wurde, so ist dazu zu sagen, daß diese Ende des Monats 40 Jahre alt wird und daß sie von den Sozialisten immer, nicht nur dem Worte, sondern auch dem Geiste nach getreulich angewendet wurde. Die Sozialisten haben nie eine Verfassung gegen den Willen des Volkes außer Kraft gesetzt oder sie dazu benützt, den Mitbürgern die Freiheit zu entziehen oder sie in finanzielle Belastungen zu bringen. Hätte im Jahre 1933 ein Renner, Körner oder Schärf die Möglichkeit gehabt, die Verfassung zu handhaben, dann hätte vieles verhindert werden können. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend stellt GR. Marek fest, das Budget bedeute nicht nur eine Aufzählung von Einnahmen und Ausgaben, sondern es enthalte auch die Gewißheit, daß das im Jahre 1959 Versprochene und für die nächsten Jahre in Aussicht Gestellte, Wirklichkeit wird. Es ist ein beachtliches Budget, das für die Zukunft sorgt, und der Stadtverwaltung die Möglichkeit gibt, den Menschen gesunden Wohnraum zur Verfügung zu stellen, die Ausbildung und gesunde Erziehung der Jugend zu sichern und gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Die sozialistische Fraktion werde daher den Ansätzen mit Stolz zustimmen! (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Slavik dankte in seinem Schlußwort den Debattenrednern für die im wesentlichen positive Aufnahme des Voranschlages. Er habe es diesmal vermieden, auf Einzelprojekte einzugehen, weil er der Meinung sei, daß diese Dinge besser bei der Debatte über die einzelnen Geschäftsgruppen zur Sprache gebracht werden sollen.

In seinen folgenden Ausführungen beschäftigte sich der Referent mit einer Reihe von Fragen, die während der Debatte aufgeworfen wurden.

Wegen der Mittelschulbauten sind die Besprechungen im Gange.

Zusätzliche Betten werden uns durch unsere Spitalerweiterungsbauten wie vor allem im Wilhelminenspital, zur Verfügung stehen. Eine andere Frage ist allerdings die Beschaffung des notwendigen Personals.

Kanalbenützungsgebühr: Solange noch immer ein Gemeinderat behauptet, daß es sich hier um eine neue Steuer handelt, nützt wohl kein Reden mehr! Aber noch einmal: statt der Kanalräumungsgebühr soll nun die Kanalbenützungsgebühr kommen.

Für Zwecke der Hoheitsverwaltung haben wir niemals einen Kredit oder eine Anleihe aufgenommen, noch werden wir dies tun. Mit Anleihegeldern werden vielmehr Investitionen durchgeführt, die Mehreinnahmen oder Minderausgaben mitsichbringen.

Die Meinung der Kommunisten über die EWG wurde nicht in diesem Raum geboren; sie haben einfach im Auftrag der Sowjetunion dagegen Stellung zu nehmen. Die Rolle von GR. Lauscher als Dozent für Demokratie sei allerdings neu. Wir sind überhaupt gegen das Einsperren und für die Freiheit. (GR. Lauscher, KLS: Wir haben noch niemanden eingesperrt!) Die Kommunisten haben in Österreich noch keine Gelegenheit dazu gehabt, repliziert Vizebürgermeister Slavik, dafür hat die Bevölkerung schon gesorgt! (Beifall bei der SPÖ.)

Was die beabsichtigten Erhöhungen bei der Gewista anlangt, so sei dem Referenten darüber noch nichts bekannt. Er sehe aber jedenfalls keinen Anlaß, Steuergelder dazu zu verwenden, um ausländischen Konzernen die Propaganda in Österreich zu erleichtern.

Es wurde gesagt, daß 70 Prozent des Aktienbesitzes sich im Staatseigentum befinden. Interessanterweise redet man nie davon, wieviel Aktien Ausländern gehören. Er würde wünschen, daß man zum Beispiel die Städtische Versicherung ebenso gut behandelt, wie man ausländische Gesellschaften behandelt.

Die Verdünnung des Schillings: Der österreichische Schilling ist gut gedeckt. Was uns aber Sorgen macht, ist die Preisentwicklung. Wenn man dafür aber die Koalition verantwortlich machen will, so scheint das eine zu einfache Begründung zu sein. Die Preissteigerungen haben effektiv das Realeinkommen gemindert.

Es wird Aufgabe des Staates sein, alles zu tun, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und überhöhte Preise wieder auf ein reales Maß zurückzuführen.

Was die Spitäler anlangt, so sind derzeit Verhandlungen mit der Gebietskrankenkasse und dem Sozialversicherungsträger im Gange, um wieder eine Änderung im Ersatz für die Verpflegungskosten zu erreichen. Er hoffe auf baldigen Abschluß.

Die Verzögerungen beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses haben nichts mit dem Proporz zu tun. Es dauert so lange, weil die Planungsarbeiten so lange Zeit in Anspruch nehmen. Auch er sei dafür, ordentlich zu planen; aber die Frage ist, ob es so lange dauern muß?

Beim Wohnungsbau weist der Referent nach, daß man eine ständige Steigerung zu verzeichnen habe. Man könne sich darauf verlassen, daß das 5-Jahres-Programm der Sozialisten voll erfüllt wird. Soweit Mittel für den genossenschaftlichen Wohnungsbau zur Verfügung stehen, wird auch die Stadt Wien stets ihren Anteil geben, um möglichst viele Wohnungen zu finanzieren und bauen zu können.

Auch er sei selbstverständlich der Meinung, daß der Vorschlag das Budget aller Wiener darstellt. Wir können gar nicht nach dem Parteibuch fragen, wenn Leistungen der Gemeinschaft in Anspruch genommen werden.

Was die Alwegbahn betrifft, so mußte zuerst der Standpunkt durchgesetzt werden, daß die Gemeinde Wien das Risiko nicht allein tragen konnte. Dazu hat es sehr langer und zäher Verhandlungen bedurft. Erst jetzt kann über die anderen Fragen diskutiert werden. Selbstverständlich werden Fachleute das Projekt beurteilen.

Vizebürgermeister Slavik ging dann auf eine Bemerkung ein, wonach es noch nicht restlos gelungen ist, die Kluft zwischen der römisch-katholischen Kirche und der Sozialistischen Partei zu schließen und meint, er rede lieber mit Klerikern als mit Klerikalen. Er sei auch nicht der Ansicht, daß die ÖVP ein Recht habe, im Namen der Kirche zu sprechen.

Zur Diskussion über die von der ÖVP verlangte Verfassungsänderung bemerkt er, seiner Meinung nach gehe es den Antragstellern nicht so sehr um eine Verfassungsänderung, als vielmehr um mehr Einfluß zu bekommen. (GR. Mühlhauser: "Sie haben unsere Vorschläge nicht gelesen!") Zu den Vorwürfen im Hinblick auf das Zustandekommen des Voranschlages, bemerkt er, daß jedem Mandatar ausreichend Möglichkeit zum Mitreden eingeräumt wird. Er setzt sich dann mit den Bemerkungen über das Jugendsparen auseinander und stellt fest, daß die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien von der Stadtverwaltung für ihre Aktion "Gut haushalten" nichts verlange. Seiner Meinung nach, sollten sich alle, die an einem Jugendspargesetz interessiert sind, zusammensetzen und ein vernünftiges Gesetz ausarbeiten, das dem Steuerzahler nichts kostet und seinen Zweck gut erfüllen würde.

Der Finanzreferent unterstreicht dann die von GR. Marek vorgebrachten Ansichten über die zunehmende Überfremdung durch ausländisches Kapital und stellt fest, daß der Einfluß durch Aktienbesitz und Betriebsgründungen zum Nachteil der heimischen Wirtschaft bereits beträchtliche Dimensionen angenommen hat. Die Juristen der Stadtverwaltung und des Verfassungsgerichtshofes sind bereits dabei, Maßnahmen zu treffen, die verhindern sollen, daß die wichtigsten Grundstücke unserer Stadt in fremden Besitz gelangen. Es kann in niemandes Interesse sein, die Grundspekulanten zu schützen. Die Bevölkerung wird es nicht verstehen, daß man heute im Handumdrehen Grundstücke um die dreifache Summe, oft nur mittels eines Telefongespräches, verkaufen kann. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Was die Ansiedlung von Industrieunternehmungen betrifft, so werde die Stadtverwaltung auch weiterhin in dieser Hinsicht große Anstrengungen unternehmen, Sie wird sich dabei von der Absicht leiten lassen, den Betrieben behilflich zu sein und ihre Entwicklung zu erleichtern. Gegenwärtig wird daran gedacht, ein weiteres Gebiet für die Industrieansiedlung aufzuschließen.

Die Verhandlungen über die Autobahn in Wien gehen nur langsam voran und man müsse sich noch auf langwierige Auseinandersetzungen mit dem Bund vorbereiten. Als Finanzreferent müsse er nach wie vor darauf bestehen, daß Wien nicht anders behandelt werden

darf, als die übrigen Bundesländer.

Abschließend setzte sich Slavik mit der Publikation "Die Wahrheit über Österreichs Finanzpolitik" auseinander und stellt fest, er würde sich keinesfalls nach den darin angeführten Anregungen eine Steuerreform wünschen, sondern vielmehr eine solche Reform, die tatsächlich den kinderreichen Familien mit kleineren Einkünften zugute kommt.

Das Budget 1962 soll die wirtschaftliche Weiterentwicklung Wiens gewährleisten und die Existenz der Bevölkerung sichern. Die Stadtverwaltung will mit diesem Voranschlag ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen und damit erreichen, daß nicht nur die Ausländer immer mehr unsere Stadt als eine der schönsten finden, sondern auch die Wiener von Jahr zu Jahr mehr zu der Auffassung kommen, daß Wien zu den schönsten Städten der Welt gehört und daß sie gerne in dieser schönen Stadt leben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe II ohne die Stimmen der FPÖ und KLS angenommen.

Der Antrag des Berichterstatters, die von Gemeindemitgliedern eingebrachten Erinnerungen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen, wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeister Jonas unterbricht hierauf die Budgetberatungen des Wiener Gemeinderates und teilt mit, daß sie morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, fortgesetzt werden.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Mit 1.000 Mann gegen das Glatteis

=====

11. Dezember (RK) Bereits gestern, Sonntag, hatte die Stadtreinigung mehr als 600 Bedienstete alarmiert, die Straßen, Übergänge und Stiegen bestreuten.

Heute früh gegen sechs Uhr begann es wieder zu regnen und es bildete sich neuerlich Glatteis. Es wurden diesmal mehr als 1.000 Mann mit 67 städtischen und zehn privaten Streufahrzeugen eingesetzt.

Rinderhauptmarkt vom 11. Dezember

=====

11. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 11 Ochsen, 1 Stier, 112 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 129. Neuzufuhren Inland: 147 Ochsen, 290 Stiere, 519 Kühe, 116 Kalbinnen, Summe 1.072. Gesamtauftrieb: 158 Ochsen, 291 Stiere, 631 Kühe, 121 Kalbinnen, Summe 1.201. Verkauft wurden: 156 Ochsen, 281 Stiere, 631 Kühe, 120 Kalbinnen, Summe 1.188; unverkauft blieben: 2 Ochsen, 10 Stiere, 1 Kalbin, Summe 13.

Preise: Ochsen 10.30 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 13.40 S, Stiere 10.50 bis 12.60 S, extrem 12.70 bis 13 S, Kühe 8 bis 10 S, extrem 10.10 bis 10.50 S, Kalbinnen 11 bis 12.10 S, extrem 12.30 bis 12.40 S; Beinlvieh Kühe 6 bis 7.80 S, Ochsen und Kalbinnen 7.50 bis 10.60 S.

Bei unveränderter Qualität erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 54 Groschen, bei Stieren um 25 Groschen, bei Kühen um 41 Groschen, bei Kalbinnen um 9 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis beträgt für Ochsen 10.96 S, für Stiere 11.56 S, für Kühe 8.41 S, für Kalbinnen 10.91 S; Beinlvieh verteuerte sich um 30 Groschen je Kilogramm.

In der Zeit vom 2. bis 8. Dezember wurden 192 Rinder außer Markt bezogen.

- - -